

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
29. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
18.09.2007**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 18.09.2007

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung eines Stadtverordneten
2. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
3. Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 3.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 13.03.2007 aus öffentlicher Sitzung
- 3.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.03.2007 aus öffentlicher Sitzung
4. Teilnahme am Programm Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
5. Erlass der 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2007
6. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
7. Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld -2. Änderung
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
9. Bebauungsplan Nr. 104 - Wohnpark Rimburg 5 - 1. vereinfachte Änderung
hier: Satzungsbeschluss

10. Euregionale-Projekt "Grenzland Wurmatal"
hier: Errichtung eines Parkplatzes im Stadtteil Zweibrüggen
11. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates
betr. Querungshilfe Geilenkirchener Straße in Höhe von Hausnummer 58
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.1. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates
hier: Erhöhung der Zuwendung der Fraktionsarbeit
- 12.2. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
- 12.3. Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

14. Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 14.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 13.03.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 14.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.03.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
15. Vergabeangelegenheit
- 15.1. Vergabe der Unterhalts-, Grund-, Zwischen-, Glas- und Rahmenreinigung
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 17.1. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 17.2. Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Anfragen

Anwesenheitsliste

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(bis TOP 13, 20:35 Uhr)
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	(bis TOP 13, 20:35 Uhr)
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Joachim Fröhlich	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Frau Petra Meyer	UWG	
Herr Manfred J. Offermanns	FDP	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Es fehlten die Stadtverordneten

Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Leo Meertens	UWG
Herr Georg Overländer	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll	
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski	
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter	
Herr Kämmerer Bernd Schmitz	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek	
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen	(ab TOP 14, 20:45 Uhr)
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen	
Herr Stadtamtsrat Ralf Kouchen	
Herr Stadtamtman Michael Wirth	

Schriftführer

Herr Stadtamtmann Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse sowie die Besucher zur Sitzung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten drei Punkte zur Erweiterung der Tagesordnung zugegangen seien.

Hierbei handele es sich um eine fristgerechte Erweiterung zu TOP

12.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion gemäß § 5 der GeschO des Rates, hier: Erhöhung der Zuwendung der Fraktionsarbeit.

Weiterhin habe er den Ratsmitgliedern zwei Vorschläge zur Erweiterung der Tagesordnung zukommen lassen. Hierüber ließ er die Ratsmitglieder wie folgt abstimmen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

12.2 **33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden, hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung sowie**

12.3 **Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -, hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weinen** erklärte am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung drei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) **Öffentliche Sitzung**

1 Einführung und Verpflichtung eines Stadtverordneten

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der Stadtverordnete Derichs sein Mandat niedergelegt habe. Da der persönliche Stellvertreter Rüdiger Decker aus beruflichen Gründen die Annahme seines Mandates abgelehnt hatte, ist hierfür über die Reserveliste der Stadtverordnete Sven Bildhauer nachgerückt, der bereits als sachkundiger Bürger in der Ausschussarbeit mitwirke.

Gemäß den Vorschriften der Gemeindeordnung wolle er nunmehr die Verpflichtung des Stadtverordneten vornehmen. Hierzu bat er die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben und bat Herrn Bildhauer folgenden Text nachzusprechen:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Er begrüßte daraufhin den neuen Stadtverordneten im Kreis des Rates und gab seiner Hoffnung auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit Ausdruck.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Stadtverordnete **Gillen** erkundigte sich danach, ob es zur gemeinsamen Sitzung des Rates der Stadt Übach-Palenberg und der Gemeinde Landgraaf vom 12. September ein Protokoll gebe und man es den Stadtverordneten zur Verfügung stellen könne.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er gerne auch dieses Protokoll den Stadtverordneten zur Verfügung stellen wolle.

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 14.08.2007 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Berichte über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

3.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 13.03.2007 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 13.03.2007

aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.03.2007 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 27.03.2007 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

4 Teilnahme am Programm Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass die Verwaltung weitere Informationen zur Teilnahme am Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ präsentieren könne. Künftig sollen in Übach-Palenberg 30 Kinder mit einem Mittagessen unterstützt werden. Hiervon würden schon jetzt 16 Schüler eine Mittagsversorgung in Anspruch nehmen und von 14 weiteren Schülern gehe man zukünftig aus. Hierbei seien auch zwei auswärtige Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen. Bei einem Kostenpunkt von 100 Euro pro Schüler und Jahr seien 3.000 Euro zu kalkulieren, die auch schon entsprechend im Nachtrag vorgemerkt seien.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weinen** erklärte Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski**, dass eine eventuelle Erstattung der Kosten durch Nachbarstädte, aus denen Kinder in Übach-Palenberg Schulen besuchen, nicht vorgesehen sei. Ein Rechtsanspruch auf Erstattung bestünde nicht, so dass diese Kosten durch die Stadt getragen werden müssten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung gemäß dem bereits im August getroffenen Grundsatzbeschluss weiter verfahren werde.

Seitens der Ratsmitglieder erhob sich hiergegen kein Widerspruch.

5 Erlass der 1. Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2007

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion dem vorliegenden Nachtragshaushaltsentwurf zustimmen werde. Er werde zu einigen wichtigen Ausgaben jedoch noch separat Stellung nehmen.

In Bezug auf die Ausgaben zur Schulsanierung erklärte er, dass hiermit die überfälligen Brandschutzmaßnahmen und die Sanierung der Fenster vorgenommen werden solle. Diese finde die Unterstützung in der SPD-Fraktion. Er erinnerte daran, dass man zur Behandlung der damaligen Thematik im Rat angekündigt habe zu prüfen, ob man die Maßnahme mit Eigenmitteln oder mit einem Contracting zur Schulsanierung durchführe. Man erwarte, dass spätestens im Haushalt 2008 die hierfür notwendigen Kosten veranschlagt würden. Insbesondere die Dringlichkeit zum vollständigen Abschluss der Sanierung wolle er noch einmal betonen.

Die 2.500 Euro zur Erstellung des Familienberichts halte man insgesamt für einen zu niedrigen Betrag der spätestens in 2008 aufgestockt werden solle. Der jetzige

Ansatz sei jedoch vor dem Hintergrund des schon zur Neige gehenden Jahres durchaus vertretbar.

Die veranschlagten Kosten für das Baby-Begrüßungspaket würden ebenso mitgetragen werden.

In Bezug auf die Ausgaben zum Schwimmbad interessiere ihn, wie sich die Energiekosten wirklich entwickelt hätten und er bitte darum, dass die Verwaltung entsprechende Angaben zu gegebener Zeit vorlege.

Der von der Verwaltung vorgeschlagene 3. Pflegegang innerhalb des städtischen Grüns werde ausdrücklich begrüßt.

Der Haushaltsansatz zum Erwerb eines Bauwagens für den städtischen Streetworker finde ebenso Unterstützung, da auch dieser das nötige Handwerkszeug zur Erledigung seiner Aufgaben benötige. Er denke, dass mittlerweile auch fraktionsübergreifend die Notwendigkeit gesehen werde und sämtliche Missverständnisse hierzu ausgeräumt seien.

Die Investition von 1,5 Mio. Euro für die Sanierung des Freibades halte seine Fraktion nach wie vor für richtig. Die ursprünglich avisierte Eröffnung im Jahre 2008 sei leider von den Planern als nicht realisierbar eingestuft worden, so dass man erst im Jahre 2009 mit einer Neueröffnung rechnen könne. In welcher Art und Weise das Freibad gestaltet werde, sei zwar noch nicht entschieden, solle jedoch in der nächsten Zeit geklärt werden.

Die Maßnahmen zur Beteiligung an der EuRegionale2008 sehe die SPD-Fraktion ebenfalls sehr positiv. Sie seien geeignet, das Image der Stadt deutlich zu verbessern und ihre Vorzüge herauszustellen. Der SPD-Stadtverband werde diesbezüglich auch eine Informationsveranstaltung abhalten, um über diese Maßnahmen die Bürgerschaft zu informieren.

Bezüglich des Kreisverkehrs an der Daimlerstraße/Jülicher Straße erklärte er, dass auch dieser als ein wichtiges Projekt kurzfristig zu realisieren sei und man die im Haushalt eingestellten Kosten hierfür unterstütze.

Auch die im Nachtragshaushalt ausgewiesenen Kosten zur Erstellung der Rampe am Rimburger Acker begrüße man deutlich. Er stelle die Frage, wann mit den Bauarbeiten hierzu begonnen werde.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass nach Aussage des Kämmerers der Nachtragshaushalt eigentlich nicht erforderlich gewesen sei. Im Saldo sei lediglich eine Differenz von 5.000 Euro ausgewiesen, die man mit Sicherheit auch innerhalb des bestehenden Haushaltes hätte auffangen können. Dennoch unterstütze man diesen Nachtragshaushalt aufgrund der im Vermögenshaushalt ausgewiesenen perspektivischen Veränderungen.

Insbesondere die Anschaffung eines neuen Transportfahrzeuges, die Maßnahmen in den Grundschulen Scherpenseel und Boscheln zur Errichtung einer Ganztagschule, die Maßnahmen zur Realisierung der EuRegionale-Projekte sowie den Kreisverkehr an der Jülicher Straße. Er bestätigte, dass das Bauwagenprojekt des städtischen Sozialarbeiters zuerst für Irritationen gesorgt habe, man jedoch mittlerweile wisse, dass eine Konkurrenz zu bestehenden Bauwagenprojekten nicht gegeben sei. Den Haushaltsansatz für die Jugendarbeit als solchen habe man nie in Frage gestellt. Bei einer abgestimmten Einsatzplanung könne er sich durchaus einen Bauwagen für die städtische Jugendarbeit vorstellen. In Bezug auf die Maßnahmen zur Sanierung des Freibades stehe die CDU-Fraktion vom Grundsatz her hinter dieser Maßnahme. Diese dürfe jedoch nicht um jeden Preis realisiert werden. Man sehe das Projekt deshalb unter dem Vorbehalt der finanziellen Machbarkeit.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde. Sie gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

wenn wir auf einem Sack voller Geld säßen, würde auch die UWG den vielen „feinen“ Vorschlägen der SPD-, Bündnis 90/Grüne bzw. CDU Fraktion zustimmen.

Doch die Realität sieht anders aus.

Seit Jahren wird der Haushaltsentwurf durch Trickereien geschönt und den Bürgern verschleiert, dass unsere Stadt vor der Pleite steht.

Da ist es verständlich, wenn unsere Bürger ihre Wünsche und immer neue Forderungen an die Stadt herantragen, in Unwissenheit des maroden Haushalts.

Es muss endlich mit offenen Karten gespielt werden.

Trotz umfangreicher Steuermehreinnahmen als positive Folge der anziehenden Konjunktur erhöht sich durch den vorliegenden Nachtragshaushalt die Netto-Neuverschuldung 2007 um satte 170 Tausend Euro oder rund 34 % gegenüber der ursprünglichen Planung.

Das kann und darf doch wohl nicht wahr sein!

Stattdessen gipfelt die Unverfrorenheit in einen gemeinsamen Antrag von CDU und SPD ab 01.09.07 rückwirkend den Sockelbetrag der Fraktionen bzw. Parteien um 50 % und den Betrag pro Ratsmitglied und Monat um 100 % anzuheben.

Wenn schon - denn schon!

Wie gönnerhaft, wenn man bedenkt, dass z.B. unsere Rentner mit einer Rentenerhöhung unter einem Prozent abgespeist worden sind.

Die UWG sagt in aller Deutlichkeit

- Wir begrüßen die vorgesehenen Maßnahmen im Bereich der Offenen Ganztagschulen. Hier geht es um unsere Kinder!
- Wir unterstützen jede Gewerbeansiedlung am richtigen Ort! Hier geht es um Arbeitsplätze
- Wir befürworten die geplante Neubaumaßnahme im Bereich des Freibades. Hier geht es um die Freizeitqualität unserer Bürger - aber nicht zu jedem Preis! Alle wissen, dass die Kosten für das geplante Bad höher sein werden, als es sich die Stadt Übach-Palenberg eigentlich leisten kann. Und dennoch tragen wir diese Investition mit. Und nicht nur das!

Die UWG hat auch gehandelt.

Auf Initiative der UWG wurde der Förderverein „Freibad Übach-Palenberg“ ins Leben gerufen.

Ein zusätzliches Instrument, um noch fehlende Finanzmittel aufzuschließen und unserem Freibad Schritt für Schritt näher zu kommen.

Hier appellieren wir an alle Bürger unserer Stadt und bitten um ihren finanziellen Beitrag für unser Freibad.

Nur gemeinsam können wir es schaffen!

Aber:

Die UWG lehnt nach wie vor ab, Steuergelder für Prestigeprojekte im Rahmen der EuRegionale zu verschwenden.

Statt beleuchtetem Wasserturm, Wohnwagenstellplatz in der Schley oder Klangbrücke ist nach unserer Auffassung die weitere Sanierung unserer Schulen als

Schulstadt Übach-Palenberg wichtiger und sinnvoller.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
die UWG lehnt den Nachtragshaushalt ab, da aus unserer Sicht mit den knappen finanziellen Ressourcen nicht sorgfältig umgegangen wird.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Nachtragshaushalt ohne Änderung zustimmen werde. Er sehe insbesondere auch keine Verschleuderung von finanziellen Mitteln, da ganz bewusst auf das finanziell Machbare abgestellt werde und nur sinnvolle Investitionen getätigt würden. Hier nannte er insbesondere die Projekte zur EuRegionale, zur Schulsanierung und das Bauwagenprojekt.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass auch er für die FDP dem Nachtragshaushaltsentwurf zustimmen wolle. Die von der UWG betriebene Schwarzmalerei könne er nicht nachvollziehen. Er plädierte noch einmal dafür das Bauwagenprojekt mit einem anderen Namen zu versehen, um auch eine sprachliche Attraktivität vorzunehmen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er dem Vorwurf von „Tricksereien“ am städtischen Haushalt entschieden zurückweise. Er verwies darauf, dass der Haushalt immer der Kommunalaufsicht angezeigt werde und diese mit Argusaugen auf die rechtlichen Bestimmungen achte, insbesondere aufgrund der hohen Schuldenlast der Stadt. Aus diesem Grunde habe er auch Verständnis dafür, dass man zur Sanierung des Freibades zum jetzigen Zeitpunkt durchaus geteilter Meinung sein könne. Der Rat sei aber hier Entscheidungsorgan und nehme hierfür offensichtlich auch eine Höherverschuldung in Kauf.

Die Sanierung der Schulen sei ein in den letzten Jahren vordringlich zu bearbeitendes Thema gewesen. Für die Maßnahmen im Schulzentrum habe man schon im VVS Gespräche geführt. Für die Grundschule in Scherpenseel habe man bereits einen Bescheid zur Förderung der Maßnahmen erhalten. In Bezug auf die Maßnahmen für die Grundschule in Boscheln hoffe man, dass hierauf nicht mehr so lange gewartet werden müsse. Auch für die Comeniusschule sei schon ein Förderbescheid ergangen. Die Maßnahmen zur Sanierung der Schule in Frelenberg seien ebenfalls schon bald abgeschlossen, so dass man lediglich an zwei Grundschulen noch Brandschutzmaßnahmen durchführen müsse. Hier sei zu beachten, dass lärmintensive Baumaßnahmen im Wesentlichen nur in der unterrichtsfreien Zeit – sprich in den Ferien - erfolgen könnten.

Was das Brandschutzkonzept für Gymnasium, Gesamt- und Realschule angehe, stehe man hierzu noch in der Planungsphase, denke allerdings schon bald in die Umsetzungsphase einzusteigen.

Was den Kreisverkehr an der Jülicher Straße anbelange, habe man einen Antrag auf Förderung beim Land gestellt. Wenn, sollten hier wohl auch 80 % der Kosten getragen werden. Man hoffe, dass der Einplanungsantrag kurzfristig genehmigt werde.

Zur Realisierung der Rampe am Rimburger Acker erläuterte er, dass er nach wie vor dazu stehe den Bauhof mit begleitenden Maßnahmen hierzu einzubinden. Die Kosten in Höhe von 89.000 Euro sollten soweit wie möglich durch Eigenleistung gedrückt werden können. Man habe bezüglich des Auftragsvolumens einen Betrag von ca. 50.000 Euro im Ansatz und hoffe Ende November mit der Maßnahme be-

ginnen zu können. Auch wenn sicherlich in der Vergangenheit einige Verzögerungen zu beklagen gewesen seien, stehe jedoch jetzt die Realisierung der Maßnahme an.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass gerade die Brandschutzmaßnahmen am Schulzentrum dringend notwendig seien. Zur Realisierung solle jedoch überprüft werden, inwieweit auch alternative Maßnahmen und Materialien zur Kostendämpfung eingesetzt werden könnten.

In Richtung der Stadtverordneten Weinhold erläuterte er, dass niemand am städtischen Haushalt tricksen wolle. Diese Unterstellung sei nur dazu geeignet die Stadt in Misskredit zu bringen.

Nach einer abschließenden Diskussion bat **Bürgermeister Schmitz-Kröll** zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2007 wird durch die 1. Nachtragssatzung in Einnahme und Ausgabe wie folgt geändert:

	alt	neu
Verwaltungshaushalt	48.478.740	48.884.100
Vermögenshaushalt	7.537.980	8.002.120
Kreditaufnahme	1.907.280	2.076.420
Verpflichtungsermächtigungen	1.723.980	4.566.480

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

Die Steuerhebesätze werden nicht geändert.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

6 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

- 1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).**

3. Der Planentwurf der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 7 **Bebauungsplan Nr. 71 - Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - 6. Änderung**
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen öffentlichen Auslegung von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Da die Stellungnahme die Bebauungsplanänderung nicht unmittelbar betrifft, wird auf eine erneute öffentliche Auslegung verzichtet.
4. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71 – Carlstraße-Süd – wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 8 **Bebauungsplan Nr. 91 - Bahnhofsumfeld -2. Änderung**
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.5 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 9 **Bebauungsplan Nr. 104 - Wohnpark Rimburg 5 - 1. vereinfachte Änderung hier: Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 104 – Wohnpark Rimburg 5 - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 10 **Euregionale-Projekt "Grenzland Wurmatal" hier: Errichtung eines Parkplatzes im Stadtteil Zweibrücken**
-

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass man bei der Realisierung der EuRegionale-Projekte bedenken sollte, auch die Bürger in ausreichendem Maße zu beteiligen. Er denke insbesondere an den Wohnmobilstellplatz in Marienberg, aber auch an die neuen Parkplätze am Schloss Zweibrücken.

Er sehe insbesondere, dass nicht nur die SPD sich mit der EuRegionale profilieren dürfe, sondern dass es originäre Aufgabe der Stadtverwaltung sei die Bürger entsprechend zu unterrichten.

Schon im August habe man hierzu festgestellt, dass ein gemeinschaftliches Vorgehen bei der Information angezeigt sei. Hier jetzt herauszuberechnen halte er für unangebracht.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass selbstverständlich auch die Stadt Übach-Palenberg tätig werde. Man werde allerdings mit den anderen Partnern zusammen agieren und den Schwerpunkt hauptsächlich im Jahre 2008 legen. Wenn Parteien eigene Informationen geben, sei dies durchaus zu begrüßen, allerdings separat zu betrachten.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass nichts im stillen Kämmerlein gemacht werde. Sämtliche Planverfahren würden mit der dafür vorgesehenen Bürgerbeteiligung durchgeführt, so dass keine Sorge bestehen müsse hier zu wenig Informationen zu erhalten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass der Parkplatz am Schloss Zweibrücken dringend erforderlich sei. Er erinnerte daran, dass schon im Carolus-Magnus-Centrum eine Einwohnerversammlung zum Thema EuRegionale stattgefunden habe. Die SPD-Fraktion halte es für außerordentlich wichtig die Mitnahme der Bevölkerung im Prozess der EuRegionale nicht abreißen zu lassen. Eine Informationsveranstaltung über den jetzigen Stand sei der Sache sehr dienlich.

Stadtverordneter **Offermanns** merkte an, dass es am Schloss Zweibrücken auch einer neuen Beleuchtung bedürfe. Die Stadt solle sich hierzu auch durch entsprechende Firmen beraten lassen, um ein professionelles Beleuchtungskonzept realisieren zu können.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die Errichtung der Parkfläche im Ortsteil Zweibrücken als Teilprojekt der „EuRegionale 2008“ auf der Grundlage des vorgestellten Planentwurfes über die EuRegionale-Agentur bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

**24 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen**

11 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates betr. Querungshilfe Geilenkirchener Straße in Höhe von Hausnummer 58

Stadtverordneter **Fred Fröschen** erklärte, dass die Anwohner bereits am 22.06.2005 einen Antrag zur Errichtung einer Radarfalle an dieser Stelle gestellt hätten. Diese sei damals von der Kreispolizeibehörde und dem zuständigen Straßenbauamt abgelehnt worden. Dennoch sei ebenfalls in 2005 durch Herrn Berghoff von der Kreispolizeibehörde eine vermehrt erhöhte Geschwindigkeit in diesem Bereich bestätigt worden.

Bei der vorgeschlagenen Maßnahme gehe es vordringlich um die Geschwindigkeitsreduzierung an dieser Stelle, selbstverständlich seien auch Alternativen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Er verwies in diesem Zusammenhang auch auf eine Unterschriftenaktion der Anwohner, die dem Bürgermeister in der letzten Zeit zugegangen sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass ihm die Unterschriftensammlung durch die Anwohner übergeben worden sei.

Das Vorgehen in dieser Sache sehe so aus, dass Geschwindigkeitsmessungen an dieser Stelle durchgeführt würden und dann mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW und der Polizei über Lösungsmöglichkeiten gesprochen werden solle.

In Bezug auf die Gesamtsituation der Querungshilfe an dieser Stelle erklärte er, dass es sicherlich viele Möglichkeiten gebe hier tätig zu werden. Zuerst sollten jedoch die Grundlagen für die weiteren Gespräche ermittelt werden.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass maßgeblich für die Beurteilung der Situation Geschwindigkeitsmessungen seien, die die Anzahl der Fahrzeuge und deren Geschwindigkeit beschreiben. Welche der Möglichkeiten letztendlich ausgewählt würden sei mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW gemeinsam durchzuführen. Er verwies jedoch darauf, dass bereits vorliegende Messungen überraschender Weise keine besonderen Werte ergeben hätten.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass zur Gestaltung der Fußgängerüberwege an dieser Stelle von Seiten der Kreispolizeibehörde darauf verwiesen werde, dass es kontraproduktiv sei zwei Fußgängerüberwege in Sichtbeziehung zu installieren. Man habe damals ganz bewusst auf die Anlage von Zebrastreifen an dieser Stelle verzichtet.

Stadtverordneter **Weißborn** merkte an, dass seiner Kenntnis nach an dieser Stelle auch Schülerlotsen eingesetzt würden. Sofern ein weiterer Zebrastreifen installiert und dieser auch genutzt werde, sollte bedacht werden, dass auch dort Schülerlotsen zu positionieren seien. Er stelle sich die Frage, ob dies sinnvoll sei und bat um entsprechende Berücksichtigung bei der Betrachtung.

Stadtverordneter **Krawanja** erklärte, dass die SPD in Frelenberg schon damals auf Schulwegen grundsätzlich Tempo 30 empfohlen habe. Seinerzeit wurde der Antrag jedoch abschlägig beschieden.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass es nicht darum gehe, ob die vorgeschriebenen Geschwindigkeitsbeschränkungen eingehalten würden. Die Sorge der Anwohner und die Intention des Antrages befassen sich mit dem subjektiven Empfinden der Nutzer dieser Überwege. Hierbei könne es schon sein, dass beispielsweise für Eltern mit Kinderwagen die PKW-Geschwindigkeit von 50 km/h an dieser Stelle als viel zu hoch empfunden werde. Man bitte deshalb die Anliegen aufzugreifen und zu prüfen welche Maßnahmen möglich seien.

Stadtverordneter **Fred Fröschen** erklärte, dass nicht die Sorge bestehe, dass die Kinder zur Überquerung der Straße einen falschen Weg gingen. Er verwies ebenfalls auf das subjektive Empfinden derjenigen, die an dieser Stelle die Straße überqueren wollen. Grundsätzlich solle man den Antrag auch nicht so verstehen, dass alleine das Aufbringen von Zebrastreifen gewünscht werde, sondern auch Alternativen möglich seien.

Auf Anregung des Stadtverordneten **Offermanns**, die städtische mobile Geschwindigkeitsanlage auch an dieser Stelle einzusetzen, erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet nach einer gewis-

sen Zeit diese Anlage eingesetzt werde. Natürlich werde das auch an dieser Stelle geschehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten

- 1. In Zusammenarbeit mit dem Straßenverkehrsamt zu prüfen, ob an der Querungshilfe Geilenkirchener Straße in Höhe der Hausnummer 58 zusätzlich Zebrastreifen eingerichtet werden können und**
- 2. falls dies realisierbar ist, diese sobald wie möglich mit eigenen Mitteln aufzutragen. Grundsätzlich solle hierzu auch alternative Konzepte überprüft werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Erweiterungen zur Tagesordnung

12.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates

hier: Erhöhung der Zuwendung der Fraktionsarbeit

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„CDU-Fraktion und SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Übach-Palenberg

Übach-Palenberg, den 14.08.2007

An den Bürgermeister
der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Antrag gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Übach-Palenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Die Zuwendungen an die im Rat vertretenen Parteien werden den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Daher werden die im Haushaltsplan angesetzten Beträge ab dem 01.09.2007 wie folgt neu festgesetzt:

1. Als Sockelbetrag erhält jede Fraktion / Partei 450,00 €,
2. pro Ratsmitglied und Monat werden 15,00 € gezahlt.

Begründung:

Seit der letzten Festsetzung der Zuwendungen sind mehr als 5 Jahre vergangen. Die Aufgaben der Fraktionen / Parteien sind in dieser Zeit wesentlich umfangrei-

cher und z.T. auch schwieriger geworden. Um die Arbeit ordnungsgemäß fortsetzen zu können, ist es erforderlich die dafür vorgesehenen Mittel an die gestiegenen Kosten und die erhöhten Anforderungen anzupassen.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Weinen

gez. Heiner Weißborn“

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag mit der CDU-Fraktion im Stadtrat abgestimmt habe. In der Formulierung sei es ebenfalls darum gegangen, auch Ratsmitgliedern ohne Fraktionsstatus die Möglichkeit zur Deckung ihrer Geschäftsführungskosten zu geben.

Aufgrund der z.Zt. sich abzeichnenden Rechtslage sei dies offensichtlich nicht möglich. Deshalb wolle man den vorliegenden Antrag um den Zusatz „für Parteien“ reduzieren. Man wisse jedoch davon, dass der Landesgesetzgeber durch Änderung der Gemeindeordnung hier Möglichkeiten zur Finanzierung auch einzelner Ratsmitglieder vorsehe.

Für den vorliegenden Antrag gehe man davon aus, dass auch die Hauptsatzung geändert werden müsse.

Stadtverordneter **Weißborn** ergänzte, dass schon im Vorgriff auf die heutige Sitzung publiziert worden sei, dass sich die Ratsmitglieder eine 100 %-ige Gehaltserhöhung genehmigen würden. Diese Auffassung sei falsch und irreführend. Es gehe weder um eine Gehaltserhöhung noch um eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung. Der vorliegende Antrag behandle lediglich die Anpassung der Kosten für die Fraktionsgeschäftsführung. Sinn und Zweck sei es die in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für Geschäftsführung, Fachzeitungen, Klausurtagungen, Porto und Öffentlichkeitsarbeit zumindest teilweise zu finanzieren.

Er verwies darauf, dass bereits seit Anfang 2003 die Ratsmitglieder auf ihre Bildungspauschale verzichtet hätten und mit der Verkleinerung des Stadtrates von 38 auf 32 Mitglieder ebenfalls eine Kostenreduzierung durchgeführt worden sei. Berechne man dies, werde von Anfang 2003 bis zum Ende der Legislaturperiode in 2009 insgesamt ein Betrag von 143.000 Euro eingespart. Mit der jetzigen Erhöhung, die ca. einen Betrag von 28.000 Euro - auch auf die nächsten sieben Jahre bezogen - ausmache, sparen die Ratsmitglieder immerhin noch einen Betrag von 115.000 Euro ein. Dies werde offensichtlich in der aktuellen Diskussion gerne beiseite gelassen. Die Anpassung der Geschäftskostenerstattungen werde deshalb auch nur auf ein vernünftiges Maß durchgeführt.

Stadtverordneter **Dieckmann** erklärte, aus den Ausführungen des Stadtverordneten Weißborn keine wirkliche Notwendigkeit für die Erhöhung erkennen zu können. Die notwendige Änderung der Hauptsatzung sei ebenfalls mit dem vorliegenden Antrag nicht machbar. Ebenso verwies er darauf, dass bereits die UWG-Fraktion über 10 Jahre dafür gekämpft habe, die Bildungspauschale zu streichen. Sich das nunmehr auf die eigenen Fahnen zu schreiben empfinde er als Scherz. Die Aufwendungen für die kommunalpolitischen Vereinigungen sehe er überdies nicht als Fraktions- sondern als eine Parteiaufgabe an.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass die Fraktionen sich der kommunalpolitischen Vereinigungen oder der SGK bedienen. Dies sei letztendlich auch notwen-

dig und wichtig für die ordnungsgemäße Arbeit der Ratsmitglieder. Es sei durchaus legitim, dass die entstehenden Unkosten für die Mitgliedschaften aufgefangen würden.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** verwies darauf, dass es eine Fraktionsangelegenheit sei, Mitglied der SGK oder KPV zu sein.

In Bezug auf die Einsparungen, die durch die Reduzierung des Stadtrates oder die Streichung der Bildungspauschale ermöglicht würden, verwies er darauf, dass dies weder auf Antrag der UWG noch wegen der UWG so beschlossen worden sei.

Stadtverordneter **Rißmayer** rechnete vor, dass bei einer Erstattung von 40 Euro für die Fraktionsgeschäftskosten eine Unterdeckung bestehe, da für die Mitgliedschaft in der KPV ein Betrag von 36 Euro und für eine Fachzeitschrift schon 7 Euro pro Mitglied zu kalkulieren seien. Die Unterdeckung sei letztendlich augenfällig und er könne deshalb der Argumentation der Stadtverordneten Weißborn und Weinen durchaus folgen, so dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte sich, ob den für den Fall, dass die SPD keine Mehrheit in dieser Sache finden würde, sie ihre Arbeit aufgrund fehlender Kostenersstattungen einstellen müsse.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass dies pure Polemik sei und man erkenne, dass sich Frau Weinhold offensichtlich nicht mit den Sachfragen auseinandersetzen möchte.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der vorliegende Antrag eine Änderung der Hauptsatzung bedinge. Er stellte die Frage, inwieweit der Rat an dieser Stelle eine Änderung der Hauptsatzung beschließen möchte.

Er werde sich in der Sache der Stimme enthalten, wie er das bereits bei ähnlichen Beschlüssen in der Vergangenheit getan habe.

Stadtverordneter **Dieckmann** verwies darauf, dass von Seiten der UWG-Fraktion keine Zustimmung zur Änderung des Tagesordnungspunktes für eine Hauptsatzungsänderung erteilt werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass grundsätzlich dem Rat das Recht zustehe, die Tagesordnung zu erweitern oder zu ändern. Dennoch müsse beachtet werden, dass für die Tagesordnungspunkte das Bestimmtheitsgebot gelte und nur in Fällen äußerster Dringlichkeit oder in Angelegenheiten, die keinen weiteren Aufschub dulden mit einfacher Mehrheit die Tagesordnung geändert bzw. erweitert werden könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, mit einem Beschluss zur Änderung der Hauptsatzung in der nächsten Ratssitzung durchaus leben zu können. Den entsprechenden Grundsatzbeschluss könne man aber schon in der heutigen Sitzung treffen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten für die kommende Ratssitzung eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg vorzubereiten. Hierbei sollen die Zuwendungen an die im Rat vertretenen Fraktionen den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Daher werden die im Haushaltsplan eingesetzten Beträge ab dem 01.09.2007 wie folgt neu festgesetzt:

1. Als Sockelbetrag erhält jede Fraktion 450 Euro.
2. Pro Ratsmitglied und Monat werden 15 Euro gezahlt.

Auf die Änderungen der Gemeindeordnung zur Unterstützung einzelner Ratsmitglieder, die in Kürze in Kraft treten, soll hierbei auch eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

12.2 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Weinen erläuterte Beigeordneter **Schlüter** die Hintergründe bezüglich der Änderungen des Flächennutzungsplanes sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Wurmbenden.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er hierzu eine Frage stellen wolle, die in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten sei. Er bat hierzu die Öffentlichkeit auszuschließen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ließ darauf hin über den Ausschluss der Öffentlichkeit um 19.58 Uhr abstimmen.

Beschluss:

Auf Antrag des Stadtverordneten Weinen wird die Öffentlichkeit zur diesem Tagesordnungspunkt vorübergehend ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Daraufhin verließen die Gäste sowie der Pressevertreter den Sitzungssaal.

Nichtöffentliche Sitzung

=====

...

Öffentliche Sitzung
=====

Bürgermeister Schmitz-Kröll ließ daraufhin über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Über weitere von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen wird aufgrund der noch bis 17.09.2007 laufenden frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur Ratssitzung eine Tischvorlage nachgereicht.
4. Der Planentwurf der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden wird beschlossen.
5. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Wurmbenden wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12.3 Bebauungsplan Nr. 98 - Wurmbenden -

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen

2.1 bis 2.5 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung enthalten).

- 3. Über weitere von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen wird aufgrund der noch bis 17.09.2007 laufenden frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur Ratssitzung eine Tischvorlage nachgereicht.**
- 4. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 98 – Wurmbenden - wird beschlossen.**
- 5. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 98 – Wurmbenden - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

13 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Stadtamtman **Wirth** gab folgende Sachstandsmitteilung zum Bürgerbusprojekt in Übach-Palenberg:

„Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

am 27. März diesen Jahres habe ich Ihnen den letzten Sachstand zu dem Projekt „Bürgerbus in Übach-Palenberg“ mitgeteilt.

Die Bezirksregierung hatte zu Beginn des Jahres mitgeteilt, dass sie das Bürgerbusprojekt in Übach-Palenberg fördern würde, wenn die vor Ort betroffenen Verkehrsunternehmen keine Einwände gegen den beabsichtigten Linienverlauf und den beabsichtigten Fahrzeiten erheben würden. In einem gemeinsamen Gespräch erteilten die Verkehrsunternehmen ASEAG, RVE und TAETER keine Genehmigung, da der Streckenverlauf eine zu große Konkurrenz gegenüber den ÖPNV-Linien 21, 433, 491 und 497 darstelle.

Zum Ende meines damaligen Berichts warf ich die Frage auf:

„Gibt es einen alternativen aber dennoch attraktiven Streckenverlauf für einen Bürgerbus in Übach-Palenberg, der auch von den 3 blockierenden Verkehrsunternehmen genehmigt wird?“

Hierzu fanden seitdem mehrere Gespräche mit Herrn Dick vom Amt für Umwelt und Verkehrsplanung von der Kreisverwaltung statt. Herr Dick wiederum nahm öfters Kontakt mit dem Verkehrsunternehmen RVE auf.

Die RVE bewegte sich jedoch in der Frage, Bürgerbus in den von ihrem Unternehmen bedienten Gebieten (Marienberg, Scherpenseel und Windhausen) allerdings keinen Zentimeter. Und schon gar nicht in der Tarif-Frage.

Am 27.04.2007 habe ich mit dem Vorsitzenden der Dachorganisation „Pro Bürgerbus NRW“, Herrn Heckens, ein ausführliches Telefonat über die bestehende Bürgerbus-Problematik in Übach-Palenberg geführt.

Den zu diesem Telefonat gefertigten Aktenvermerk möchte ich Ihnen an dieser Stelle gerne vorlesen:

„Telefonat Hr. Heckens (Vorsitzender Pro Bürgerbus NRW)

Die bestehende Problematik wurde Hr. Heckens zu Beginn des Telefonates nochmals kurz geschildert.

Hr. Heckens stimmte mir zu, dass das Problem nur durch die Erstellung eines neuen attraktiven Streckenverlaufes eventuell zusammen mit der Suche nach weiteren Zielgruppen gelöst werden könnte. Hinsichtlich der weiteren Zielgruppen nun beispielsweise an die Kindertagesstätten heranzutreten, löste bei Hr. Heckens keine große Begeisterung aus, da ein Bürgerbusverein nicht von 2-4 Fahrten pro Tag existieren könne.

Die Fahrten nur am Wochenende durchzuführen, um hierdurch den anderen ÖPNV-Linien aus dem Weg zu gehen, würde in einer Stadt wie Übach-Palenberg nicht funktionieren, da am Wochenende die Fahrgastzahlen generell rückläufig sind.

Dies kann nur zu einem finanziellen Defizit am Ende des Jahres führen.

Zudem würde die vorgegebene jährliche Mindestlaufleistung von 20.000 km nur durch Wochenendfahrten sehr wahrscheinlich nicht erreicht werden.

Hinsichtlich eines neuen Streckenverlaufes warnte Hr. Heckens davor eine unattraktive Linienführung zu wählen, um dem vorhandenen ÖPNV-Verkehr aus dem Weg zu gehen. Die im Jahre 2006 gescheiterten Bürgerbusprojekte in Wachten-donk und Rheurdt sind hierfür warnende Beispiele. Beide Bürgerbusse erreichten in den ersten beiden Jahren nicht die geforderten Mindestfahrgastzahlen, um einen wirtschaftlichen Betrieb weiterzuführen.

Ein Interventionsschreiben an das Innenministerium bzw. Verkehrsministerium NRW hält Hr. Heckens für aussichtslos, da Ziffer 4.4 der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Bürgerbusvorhaben in NRW eindeutig vorgibt, dass der Betrieb eines Bürgerbusses auf der Grundlage eines zwischen Bürgerbusverein und Verkehrsunternehmen abgestimmten Linienweg-, Fahrplan- und Tarifkonzeptes durchgeführt wird.

Der Bürgerbusverein Übach-Palenberg hat sein Vorhaben anfangs nur mit einem Verkehrsunternehmen abgestimmt. Hierdurch sind Überschneidungen mit anderen ÖPNV-Linien entstanden.

Diese 3 Verkehrsunternehmen würden für den Fall, dass das Projekt weiter verfolgt würde, negative schriftliche Stellungnahmen gegenüber der Bezirksregierung abgeben. Dies würde eindeutig zu einer Ablehnung des Förderantrages seitens der Bezirksregierung führen.

Hr. Heckens wies darauf hin, dass der zuständige Referatsleiter des Verkehrsministeriums NRW, Herr Dr. Mühl, jedes neue Bürgerbusvorhaben mit ihm telefonisch abstimme.

Er würde dem Bürgerbusvorhaben in Übach-Palenberg aufgrund der geschilderten Situation keine Zustimmung erteilen.

Ein Bürgerbus soll weiterhin dem Zweck dienen, den ÖPNV zu ergänzen und nicht zu ersetzen.“

Am 23.05.2007 wurde die Situation nochmals mit dem geschäftsführenden Vor-

stand des Bürgerbusvereines und Vertretern der beiden Arbeitsgruppen beraten. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass zurzeit ein Bürgerbusbetrieb in Übach-Palenberg nicht möglich sei.

Abschließende Gespräche, die Herr Dick von der Kreisverwaltung mit allen 3 blockierenden Verkehrsunternehmen nach den Sommerferien geführt hat, führten wiederum zu keinem Ergebnis.

Ich kann an dieser Stelle abschließend leider auch nur nochmals feststellen, dass gegenwärtig der Betrieb eines Bürgerbusses in Übach-Palenberg nicht möglich ist, da die Förderrichtlinien nicht erfüllt werden.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle jedoch nicht nur schlechte Nachrichten mitteilen.

Am 13. September wurde vom Kreistag u.a. folgende Änderung im Fahrplan des ÖPNV beschlossen:

Die Linie 429 (Frelenberg-Marienberg-Palenberg) wird eingestellt und vollständig in die Linienführung der neuen Stadtbuslinie „ÜP 1“ integriert.

Die ÜP 1 wird montags bis freitags von 5:30 - 19:30 Uhr verkehren.

Zur Anbindung des Gebäudekomplexes „Wohnen am Carolus Park“ (mit den verschiedenen Arztpraxen) und der Gewerbegebiete Am Wasserturm sowie Holthausen (und natürlich auch des dortigen Wohngebietes) werden 5 neue Haltestellen eingerichtet.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle den Streckenverlauf der Stadtbuslinie „ÜP 1“, die am 9.12.2007 ihren Betrieb aufnehmen wird, kurz vorstellen“

Der Streckenverlauf der Linie ÜP 1 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Stadtverordnete **Piez** brachte ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass mit den Verkehrsbetrieben keine Einigung erzielt werden könne. Gerade das Anliegen, den Ortsteil Scherpenseel anzubinden werde auch durch die Linie ÜP 1 nicht erreicht. Dieses Manko bestehe besonders am Wochenende. Man bedaure zutiefst, dass hier kein Fortschritt erreicht werden konnte.

Stadtverordnete **Gillen** erkundigte sich danach, warum der Ortsteil Scherpenseel nicht eingebunden werde.

Stadtamtmann **Wirth** verwies darauf, dass für die Ortslage Scherpenseel die RVE als Verkehrsunternehmen zuständig sei. Die Stadtbuslinie ÜP1 werde jedoch alleinig von der WestEnergie und Verkehr betrieben.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass es zwar keine durchgehende Verbindung aller Ortsteile gebe, sich jedoch die Linien am Bahnhof in Palenberg kreuzen und dort ein Umstieg vorgesehen sei. Er verwies auch darauf, dass ein Wegfall der bestehenden Strecken nicht vorgenommen wurde, sondern lediglich die bestehende Linie 429 als Stadtbuslinie ÜP1 optimiert worden sei.

Stadtverordneter **Weißborn** stellte fest, dass der Ortsteil Scherpenseel nach wie vor am Wochenende nicht erreichbar sei. Man werde diesen Sachverhalt noch einmal in die Fraktion mitnehmen und dort besprechen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass er den Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertretern zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis

Heinsberg das Schreiben der Kreisverwaltung zugeleitet habe, in dem diese innerhalb eines Monats zu den vorgeschlagenen Maßnahmen Stellung und ggf. eigene Entwicklungsvorstellungen für den ÖPNV mitteilen konnten. Hierauf seien seitens der Fraktionen und Parteien im Rat der Stadt Übach-Palenberg keine Stellungnahmen vorgelegt worden. Der Kreistag habe später das Nahverkehrskonzept beschlossen.

Stadtverordneter **Rißmayer** bedauerte, dass es zu dieser Entwicklung für den Bürgerbus in Übach-Palenberg gekommen sei. Gerne hätte er hierzu auch mehr Informationen erhalten.

Stadtverordneter **Wirth** verwies auf seine Ausführungen und erklärte, dass dem geschäftsführenden Vorstand des Bürgerbusvereins und Vertretern der beiden Arbeitsgruppen über sämtliche Aktivitäten zeitnah informiert worden sei, aber die letztendliche Entscheidung erst nach den Sommerferien feststand.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich danach, ob es den Tatsachen entspreche, dass sich die Beteiligung der Stadt Übach-Palenberg an der WestEnergie und Verkehr ändere.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass er hierzu gerne in nichtöffentlicher Sitzung aufgrund der bestehenden Vertragsangelegenheit Stellung nehmen wolle.

Anfrage des Stadtverordneten Offermanns

Stadtverordneter **Offermanns** erkundigte sich danach, wie der Bürgermeister den Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden umzusetzen gedenke.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er hierzu auf die Vorgaben des Landesgesetzgebers warte. Er erachte es als sinnvoll, wenn man eine landesweit einheitliche Regelung setze und nicht durch separate individuelle Regelungen vorgehe. Seinen Informationen nach solle zum 01.01. des kommenden Jahres hierzu eine entsprechende Regelung greifen. Diese würde dann selbstverständlich auch für das Rathaus und die anderen öffentlichen städtischen Gebäude gelten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 20.32 Uhr die öffentliche Sitzung und unterbrach den Sitzungsverlauf für 10 Minuten.

B) **Nichtöffentliche Sitzung**

≡

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 21.30 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer